

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.12.2024
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 19:05 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack bis 18:30 Uhr
Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Jan Gottschling
Herr Daniel Ruddies bis 19:02 Uhr
Herr Oliver Schön

Vertreter

Herr Christian Binder
Herr Dirk Fritzsche Vertretung für Herrn Jens Radtke
Herr Jörg Schulz Vertretung für Herrn Stefan Nachtwey

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Herr Peter Harder
Frau Marie-Sophie Isigkeit
Frau Heide Niemann
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Kristina Wilcke
Frau Antje Wunderlich

Gäste

Herr Ralf Bernhardt
Frau Kerstin Wunderlich
Herr Hendrik Alberts
Herr Falko Müller

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 07.11.2024
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
 - 3.1** Bebauungsplan Nr. 72 der Hansestadt Stralsund „Urbanes Gebiet zwischen Sackgasse und Werftstraße" - Auslegungsbeschluss
Vorlage: B 0066/2024
 - 3.2** Bebauungsplan Nr. 91 der Hansestadt Stralsund "Urbanes Gebiet Hexenplatz" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0079/2024
 - 3.3** Dritte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0067/2024
 - 3.4** Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: B 0068/2024
 - 3.5** Erhöhung des Abwasserentgeltes in der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0071/2024
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Stadtraum Neuer Markt - Kirchemumfeld
 - 4.2** Vorstellung Entwurfsplanung O.-Voge-Str./Smilerlowstr./Wulflamufer
 - 4.3** Verkehrsversuch Tribseer Damm - Auswertung
 - 4.4** "Grüner Boulevard" - Vorstellung Vorplanung und Information Verkehrsversuch
 - 4.5** Rückfragen und Klärung Bürgerschaft - AN 0125/2024
"Parkraumbewirtschaftung für den touristischen Verkehr"

Parkraumbewirtschaftung für den ruhenden touristischen Verkehr in Straßen und Stadtteilen, die im Umfeld der Altstadt liegen
Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei/Die Partei
Vorlage: AN 0125/2024
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 07.11.2024

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 72 der Hansestadt Stralsund „Urbanes Gebiet zwischen Sackgasse und Werftstraße“ - Auslegungsbeschluss Vorlage: B 0066/2024

Frau Wunderlich erläutert die Vorlage.

Es handelt sich um einen B-Plan der Innenentwicklung. Das Verfahren wurde bereits 2021 gestartet. In diesem Jahr erfolgte die Beteiligung der Öffentlichkeit. Einige eingegangene Stellungnahmen haben zu Planänderungen und damit zu einer Verkleinerung des Plangebietes geführt.

Der Abschnitt zwischen Sackgasse und Fritz-Reuter-Straße wird als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen.

Es soll ein urbanes Gebiet entstehen, in dem ein Teil als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen wird. Herr Dr. Raith stellt die Möglichkeiten vor, wie bzw. durch wen die Erschließung erfolgen könnte.

Es laufen Gespräche mit einem Vorhabenträger, der eventuell die Erschließungskosten für einen Teilbereich tragen würde.

Herr Suhr begrüßt die Vorlage und teilt mit, dass seine Fraktion dem Vorhaben zustimmen wird. Auf die Frage nach den in der Vorlage genannten Einwohnerzahlen und dem Ergebnis des Zensus antwortet Herr Dr. Raith, dass für Vorlagen immer die Zahlen des Einwohnermeldeamtes zu Grunde gelegt werden. Weiterhin erkennt die Stadt das Ergebnis des Zensus nicht an und verwendet die Zahlen dementsprechend nicht.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt Herr Bauschke die Vorlage zur Abstimmung

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0066/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltung

**zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 91 der Hansestadt Stralsund "Urbanes Gebiet Hexenplatz" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B 0079/2024**

Es handelt sich um einen B-Plan der Innenentwicklung. Das Gelände liegt in unmittelbarer Bahnhofsnähe, innenstadtnah. Die Zufahrt kann nur über eine kleine Gasse über den Tribseer Damm erfolgen. Durch die Bahngleise und die zu beachtenden Emissionen handelt es sich aber auch um kein einfaches Gelände.

Es war auch früher schon Absicht der Stadt, diese Fläche einer baulichen Nutzung zuzuführen, dies soll nun fortgeführt werden. Ziel ist eine Nutzungsmischung aus Gewerbe, Wohnen und eventuell Dienstleistungen. Frau Wunderlich teilt mit, dass es bereits Interessenten gibt und auch schon Bauvoranfragen vorlagen.

Es wird ein urbanes Gebiet angestrebt, ob dies möglich ist, werden die Lärmschutzgutachten zeigen.

Herr Gottschling erkundigt sich, ob den Wohnungsgesellschaften bzw. -genossenschaften das Grundstück für den sozialen Wohnungsbau angeboten worden ist. Darauf erklärt Herr Dr. Raith, dass das Grundstück lange für die SWG reserviert war, das Unternehmen mit ihren jetzigen Vorhaben aber ausgelastet ist.

Bevor das Grundstück angeboten wird, muss Baurecht geschaffen werden.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0079/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Dritte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0067/2024**

Herr Dr. Raith erklärt, dass es sich hier um das Klassenverzeichnis für die Straßenreinigung handelt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0067/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.4 Vierte Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stralsund über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: B 0068/2024**

Herr Dr. Raith informiert, dass der Fehler in der Kalkulation, welcher im Ausschuss für Finanzen und Vergabe aufgefallen ist, behoben und die Vorlage korrigiert wurde.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zur Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0068/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 3.5 Erhöhung des Abwasserentgeltes in der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0071/2024**

Herr Müller von der REWA führt aus, dass das Unternehmen seit einiger Zeit alle zwei Jahre neu kalkuliert. Die Erhöhung wurde am Grundpreis vorgenommen und beläuft sich auf ca. 11 € im Jahr.

Es ist festzustellen, dass die Anschlussnehmer Wasser sparen und die Personalkosten deutlich gestiegen sind.

Da die Ausschussmitglieder keine Fragen zur Vorlage haben, stellt Herr Bauschke diese zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0071/2024 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Stadtraum Neuer Markt - Kirchemumfeld

Herr Dr. Raith teilt mit, dass sich an die Bleistraße die Sanierung des Kirchemfeldes anschließen wird. Die Wege werden entsprechend gestaltet und das Areal mit Bänken ausgestattet, um die Aufenthaltsqualität zu stärken. An der Südseite der Kirche wird eine neue Trafostation errichtet, wobei der Standort mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt worden ist. Im Bereich der kleinen Kapelle wird es außerdem einen Trinkbrunnen geben. Die Bauarbeiten sollen im nächsten Jahr beginnen.

Auf Nachfrage erklärt der Leiter des Amtes 60, dass entweder eine wassergebundene Decke geschaffen oder glattes Kleinpflaster für die Wege verwendet wird.

Der Ausschuss begrüßt das Vorhaben.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Vorstellung Entwurfsplanung O.-Voge-Str./Smiterlowstr./Wulflamufer

Frau Wilcke stellt die Gesamtmaßnahme O.-Voge-Straße/Smiterlowstraße/Wulflamufer vor, wobei die Arbeiten in der Otto-Voge-Straße schon abgeschlossen sind. In den Folgejahren werden die Smiterlowstraße und das Wulflamufer saniert.

Die Fahrbahnen werden jeweils in Asphalt hergestellt und die Gehwege mit Betonplatten. Die Fahrbahn erhält außerdem beidseitig eine Granitgasse von 30 cm und eine Seite wird mit Leuchten versehen. Außerdem werden in der Smiterlowstraße, auf der östlichen Seite, zusätzlich vier bauliche Parkplätze angelegt.

Die Fahrbahnbreite der drei Straßen variiert zwischen 5,50 m und 7,50 m.

Die Fahrbahn zwischen der Freifläche und dem Spielplatz wird eingengt, um einen verbindenden Charakter zwischen beiden Flächen herzustellen.

Die REWA wird sich ebenfalls an der Sanierung beteiligen.

Herr Dr. Raith betont die Dringlichkeit der Maßnahme, da diese sich im Sanierungsgebiet befindet und nur noch eine Förderperiode zu erwarten ist und die Maßnahme bis dahin abgeschlossen sein muss.

Herr Bauschke erkundigt sich, ob Begegnungsverkehr in dem verengten Straßenabschnitt möglich sein wird. Frau Wilcke erklärt, dass bei einer Straßenbreite von 4,75 m der Begegnungsfall Pkw-Lkw möglich ist.

Auf die Nachfrage von Herrn Gottschling erklärt Frau Wilcke, dass die Smiterlowstraße in einem Zug saniert wird. Es wird Einschränkungen bei der Nutzung der vorhandenen Parkmöglichkeiten geben.

Auf die Frage von Herrn Haack antwortet Frau Wilcke, dass die vier Parkflächen mit dem Neubau korrespondieren.

Herr Schulz bemängelt die sowieso schon angespannte Parkplatzsituation und befürchtet mit dem Neubau der Wohlfahrtseinrichtungen eine zunehmende Verschlechterung. Für ihn müsste es einen Schlüssel Stellplätze im Verhältnis zu den Wohneinheiten geben.

Herr Dr. Raith merkt an, dass private Grundstücke nicht als öffentlicher Parkraum ausgewiesen werden können. Es gibt keine Verpflichtung der öffentlichen Hand, Parkflächen für die private Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Eine Möglichkeit wäre eventuell, das Bewohnerparken auszuweiten.

Herr Bauschke erfragt, wie viele Parkflächen im öffentlichen Raum nach Fertigstellung der Maßnahme wegfallen.

Durch die Errichtung der vier baulichen Stellplätze ist die Zahl der in der Kurve wegfallenden Parkflächen fast ausgeglichen. Somit entfallen fast keine Stellflächen im öffentlichen Raum.

Mehrheitlich unterstützen die Ausschussmitglieder das Vorhaben.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Verkehrsversuch Tribseer Damm - Auswertung

Die Auswertung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu den Ausgangsbedingungen erklärt Herr Bogusch, dass eine Fahrspur in einen popup Radweg umgewandelt wurde, so dass eine Fahrspur als Geradeaus- und Rechtsabbiegespur genutzt wurde.

Die Einschränkungen in die Gegenrichtung wurden frühzeitig wieder aufgehoben.

Der Verkehrsversuch wurde durch die BERNARD Gruppe begleitet.

Es wurden auch Daten zu Fußgängern und Radfahrern erhoben. Aus den Zahlen ergibt sich, dass mehr Radfahrer den Popup-Radweg genutzt haben, als den baulichen Radweg. Im späteren Verlauf der Straße, Richtung Altstadt, kippt das Verhältnis und der Popup-Radweg wurde weniger genutzt.

Der baulich angelegte Radweg wurde von 95 Personen in die falsche Richtung genutzt, was beunruhigend ist und das Konfliktpotenzial zeigt, welches in diesem Bereich vorhanden ist.

Durch Messfahrten wurden Fahrzeiten vor und während des Verkehrsversuchs ermittelt. Stadteinwärts haben sich die Zeiten von 1:30 min auf 1:35 min minimal erhöht, wobei diese auch Schwankungen unterliegen. Stadtauswärts haben sich die Fahrzeiten deutlich erhöht. Aufgrund dieser und weiterer Berechnungen wurde der Verkehrsversuch stadtauswärts frühzeitig abgebrochen.

Als Fazit teilte die BERNARD Gruppe mit, dass in Richtung Innenstadt keine negativen Auswirkungen festgestellt werden konnten, es stadtauswärts aber zu deutlichen Überstauungen kam.

Demnach ist stadtauswärts keine Fahrspurreduzierung möglich.

Anders verhält sich dies stadteinwärts, wo eine Reduzierung auf eine Fahrspur möglich ist. Für eine erneute Überplanung des Areals würden diese Erkenntnisse als Grundlage dienen.

Weiter erklärt Herr Bogusch, dass sich die erfolgten Markierungen mit kleineren Anpassungen bis zu einer Überplanung verstätigen sollen.

Es gibt Überlegungen, die rechte Spur zu verbreitern und diese für Rad- und Busverkehr zu nutzen. Außerdem soll es Anpassungen im Bereich Einmündung Bahnhofstraße geben, wo der Radfahrer derzeit zwischen der Bus- und der Geradeausspur steht. Hier kommt es dazu, dass der Radfahrer das falsche Ampelsignal nutzt und es aufgrund dessen zu Verkehrsgefährdungen kommt. Weiterhin sollen Bordsteinabsenkungen in verschiedenen Bereichen vorgenommen werden.

Eine letzte Überlegung zielt darauf ab, den Popup-Radweg permanent einzurichten und den baulichen Radweg aufzuheben. Dies würde mehrere Konflikte lösen, wobei das Verhalten der Radfahrer nicht abschließend eingeschätzt werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Haack erklärt Herr Bogusch, dass die Verwaltung plant, dass Vorhaben wie vorgestellt umzusetzen und die Änderungen im laufenden Betrieb vorzunehmen. Sollte der Ausschuss eine gänzlich andere Auffassung vertreten, wird das Vorgehen überdacht.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Thematik in der Januar-Sitzung erneut zu beraten.

Herr Suhr begrüßt die Lösung im Zusammenhang mit dem Konflikt vor dem IntercityHotel, dennoch sieht er in einigen Bereichen die Notwendigkeit, Anpassungen vorzunehmen.

Herr Bogusch merkt an, dass das Parken, wenn es bei der Einspurigkeit bleibt, bis an die Bahnhofstraße herangezogen werden könnte. Er bestätigt, dass der Radfahrer bei einer gemeinsam genutzten Bus-Radfahrspur in die Situation kommen kann, hinter dem Bus warten zu müssen, allerdings handelt es sich um einen vergleichsweise kurzen Abschnitt.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass die Situation zwischen parkenden Autos und dem Radverkehr im Tribseer Damm derzeit unbefriedigend ist, da der Sicherheitsstreifen fehlt und die Autofahrer sich am Bordstein orientieren.

Auf den Einwand von Herrn Schulz antwortet Herr Bogusch, dass die Verwaltung eher angehalten ist, Zweirichtungsradwege aufzulösen, da diese ein zusätzliches Gefahrenpotenzial schaffen.

Weiterhin müssen Radverkehrsanlagen bestimmte Maße aufweisen, die hier nicht gegeben sind. Zusätzlich ist die Verwaltung gehalten, allen Verkehrsteilnehmern ausreichend breite Verkehrsanlagen anzubieten.

Die Thematik wird im Januar erneut beraten.

zu 4.4 "Grüner Boulevard" - Vorstellung Vorplanung und Information Verkehrsversuch

Vorab betont Herr Dr. Raith, dass es bei dem Projekt nicht nur um eine verkehrliche Anpassung geht, sondern auch um eine Klimaschutzmaßnahme, zumindest punktuell. Knieper ist innerhalb kurzer Zeit entstanden, dies führte zu einer großen Sanierungswelle nach 30 – 40 Jahren. In den 2000er Jahren wurde bereits viel saniert bzw. in die Infrastruktur investiert.

Ab den 40er Jahren wird es wieder eine Sanierungswelle geben. Fraglich ist, ob der Stadtteil für die zweite Sanierungswelle gerüstet ist bzw. die Strukturen so sind, dass Knieper lebendig gehalten werden kann. Da Stadtplanung sehr langwierig ist, müssen bereits jetzt die ersten Vorkehrungen getroffen werden.

Knieper muss ein lebensfähiger Stadtteil mit Aufenthalts- und Kiezqualität werden. Dazu ist es notwendig, in der Mitte des Stadtteils eine Aufenthaltsqualität zu erzeugen. Mit den nächsten zwei größeren Bauvorhaben sollen weitere Raumkanten und eine kleinteiligere Nutzung geschaffen werden.

Knieper soll zur Landschaft hin geöffnet werden und es soll ein Park entstehen.

Herr Bogusch geht auf das Vorhaben selbst, also die geplante Entstehung des Grünen Boulevards ein. Um die Machbarkeit zu prüfen ist ein Verkehrsversuch geplant, der unter realistischen Bedingungen stattfinden soll.

Herr Bogusch betont, dass sich das Projekt immer noch in der Vorplanung befindet und es noch kleinere Änderungen geben wird.

Geplant ist, die Spuren auf je eine pro Fahrtrichtung zu reduzieren und dabei die vorhandenen Verkehrsanlagen zu nutzen. Die nicht mehr benötigten Verkehrsflächen sollen entsiegelt und begrünt werden.

Die jetzige Lösung für den Busverkehr mit Busbuchten, an denen der Autoverkehr vorbei fahren kann hat sich bewährt und soll beibehalten werden bzw. eine ähnliche Lösung geschaffen werden, wie sie am Frankendamm besteht. Die auf der westlichen Seite befindlichen Nebenanlagen sollen durchgezogen und als klassischer Fuß- und Radweg angelegt werden.

Auf der östlichen Seite soll ein breiterer Streifen geschaffen werden, der zum Flanieren einlädt.

Die Zufahrt zum Knieper Center soll ebenfalls angepasst und eine separate Aufstellfläche für den Linksabbieger geschaffen werden.

In Richtung Kreisverkehr soll ein breiter Fahrbahnstreifen verwendet werden, damit der Verkehr an dem haltenden Bus vorbeifahren kann.
Im Kreuzungsbereich werden die Spuren ebenfalls reduziert und eine gemeinsame Geradeaus-/ Rechtsabbiegerspur soll entstehen.
Der Ehm-Welk-Weg soll an den Grünhofer Bogen angebunden werden, wobei Alternativen zu einem Kreisverkehr geprüft werden.
Außerdem sollen die Parkflächen im Ehm-Welk-Weg mit der Straße getauscht werden, so dass die Wohnbebauung von der Straße abrückt.

Weiterhin stellt Herr Bogusch die Grünplanung vor und betont, dass es sich um einen Vorentwurf handelt. Es soll Fläche entsiegelt werden, um Bäume zu pflanzen sowie Blühwiesen und Gehölzstrukturen anzulegen.
Außerdem soll ein Arboretum angelegt werden, um Erkenntnisse zu sammeln, welche Baumarten sich gut auf den Klimawandel einstellen können.

Geplant ist, als nächstes ein Büro zu beauftragen, den Verkehrsversuch zu planen.
Zum Zeitpunkt des Verkehrsversuches soll die Anbindung des Ehm-Welk-Weges bereits erfolgt sein. Dazu sind Abstimmungen mit dem Forstamt notwendig und die Fällung der Bäume muss bis Ende Februar durchgeführt werden.
Unabhängig des Ergebnisses des Verkehrsversuches soll die Anbindung an den Ehm-Welk-Weg erfolgen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Bogusch, dass die Gelder für die Planung und Umsetzung des Projektes in den Haushalt eingestellt wurden. Der Verkehrsversuch wird ebenfalls mit Mitteln für die Gesamtmaßnahme abgedeckt. Noch liegt keine Kostenschätzung für die Umsetzung des Projekts vor, was die Baukosten betrifft.

Für 2025 ist die Planung vorgesehen und bei positivem Ergebnis die Realisierung 2026/2027.

Wenn feststeht, was der Verkehrsversuch kostet und wie er durchgeführt werden soll, stellt die Verwaltung diese Erkenntnisse im Ausschuss vor. Dieser soll der Verwaltung dann das weitere Vorgehen empfehlen.

Herr Suhr erkundigt sich, ob es stimmt, dass die Kosten für die Vorplanung und vorbereitenden Maßnahmen die Stadt tragen muss, wenn entschieden wird, dass das Projekt nicht umgesetzt wird. Herr Bogusch bestätigt die Annahme.

Wenn es einen neuen Planungsstand gibt, wird die Thematik erneut im Ausschuss besprochen.

zu 4.5 Rückfragen und Klärung Bürgerschaft - AN 0125/2024 "Parkraumbewirtschaftung für den touristischen Verkehr"

Herr Dr. Raith erkundigt sich beim Antragsteller, ob Bereiche beispielsweise in der Frankenvorstadt, Tribseer und Knieper neben bewirtschafteten Parkflächen als Bewohnerparkzonen ausgewiesen werden könnten, wobei dann je Bewohnerparkausweis 108 € jährlich an Kosten anfallen.

Herr Suhr bittet um eine wohlwollende Prüfung und Darlegung der unterschiedlichen Möglichkeiten, wobei er Bewohnerparkzonen nicht ausschließt.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 **Verschiedenes**

Herr Bernhard von der SWS stellt kurz das Konzept zur kommunalen Wärmeplanung vor.

Er teilt mit, dass die Kommunen verpflichtet sind, eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen.

In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Stralsund hat die Hansestadt hierfür eine Förderung in Höhe von ca. 450.000 € bei einer Förderquote von 90 % erhalten.

Die Stadtwerke wurden beauftragt, die Planung durchzuführen.

Zu Beginn erfolgte eine Bestandsanalyse zum Zustand der Häuser und der Anzahl der Bewohner. Abgefragt wurde, wie hoch der Wärmebedarf ist und wie sich die aktuelle Versorgungssituation darstellt.

Anschließend erfolgte eine Potenzialanalyse, heißt, welche Versorgungsformen stehen für welches Haus zur Verfügung.

Derzeit wird ein Strategie- und Maßnahmenkatalog erstellt. Außerdem sollen die Akteure in verschiedenen Veranstaltungen beteiligt werden.

Das Konzept soll verstätigt werden und muss alle fünf Jahre überarbeitet werden.

Ermittelt werden soll, wo und wieviel Wärme verbraucht wird.

Ziel ist es, jedem Hausbewohner mindestens ein Angebot zu machen, wie die zukünftige Wärmeversorgung erfolgen kann.

Herr Bernhard geht davon aus, dass die Planung noch einmal im Ausschuss vorgestellt wird, wenn das Konzept fertiggestellt ist.

Herr Gottschling bittet in einer der nächsten Sitzungen um Informationen, welche Pläne die Stadtverwaltung in Bezug auf die Installation von E-Ladestationen im Bereich von Mehrfamilienhäusern hat.

Die Geschäftsführung des Ausschusses informiert, dass der Sitzungsplanung für 2025 noch einmal angepasst werden musste und die erste Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung nun am 09.01.2025 vorgesehen ist.

Frau Wunderlich vom Seniorenbeirat erkundigt sich, ob autonomes Fahren in Stralsund ein Thema ist.

Herr Bogusch erklärt, dass der ÖPNV in der Zuständigkeit des Landkreises liegt. Ein Förderantrag wurde nicht bewilligt bzw. das Projekt wird nicht mehr umgesetzt. Ideen der Hansestadt Stralsund in diesem Bereich sind in die Zukunft gerichtet.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Bauschke wünscht allen Anwesenden eine schöne Weihnachtszeit und schließt die Sitzung.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung